

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerslohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.  
Redaction, Druck und Verlag von A. Graßmann,  
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 20. Dezember 1878.

Nr. 596.

## Landtags-Verhandlungen.

### Herrenhaus.

#### 6. Sitzung vom 19. Dezember.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 40 Min. mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertisch: Mehrere Regierungs-Kommissarien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Präsident dem Hause mit, daß Se. Majestät der König den erneuten Beweis der Ergebenheit und Ehrerbietung der Häuser gern entgegen genommen habe.

Sodann tritt das Haus in die Tages-Ordnung ein.

I. Einmalige Schlußberatung des von der Staatsregierung vorgelegten Rechnungsbereichs über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betr. die Konsolidation preussischer Staatsanleihen.

Ohne Debatte genehmigte das Haus diese Position.

II. Mündlicher Bericht der Kommission für Eisenbahn-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendbarkeit der für den Bau der Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen, beziehungsweise Sterkrade nebst Zweigbahnen bewilligten Geldmittel.

Das Haus beschloß die Annahme des Gesetzentwurfs in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

III. Entwurf eines Gesetzes wegen anderweitiger Fassung des § 41 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871.

Das Haus genehmigte den Entwurf ohne Debatte.

(Inzwischen ist der Justizminister Dr. Leonhardt und der Minister des Innern Graf zu Eulenburg im Hause erschienen.)

IV. Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betr. die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.

Der Referent Dr. Dernburg weist darauf hin, daß unter dem Mangel eines solchen Gesetzes die Verwaltung zu leiden habe.

Der Gesetzentwurf wird sodann vom Hause angenommen.

V. Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betr. die Kompetenzkonflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden.

Nachdem der Justizminister sich mit den Änderungen der Kommission einverstanden erklärt, wurde der Entwurf den Kommissionsbeschlüssen gemäß genehmigt.

VI. Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen.

Der Referent Herr Dr. Schumann erklärte, daß die Kommission den Vorlagen der Staatsregierung ihre Zustimmung nicht habe ertheilen können, vielmehr einen Gegengesetzentwurf aufgestellt habe, der sich an das entsprechende preussische Gesetz vom 13. Februar 1854 eng anschliesse.

Justizminister Dr. Leonhardt plaidirt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Das Haus genehmigte ferner den Gesetzentwurf, betreffend die richterlichen Mitglieder der Oud-Steuer-Einschätzungs-Kommission, den Gesetzentwurf, betreffend die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber, den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Bestimmungen der Disziplinargesetze.

Nächste Sitzung unbestimmt.

### Abgeordnetenhaus.

#### 22. Sitzung vom 19. Dezember.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 12 1/4 Uhr.

#### Tagesordnung:

I. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung der durch das Gesetz vom 20. April 1869 für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Finnentrop nach Rothemühle übernommenen Zinsgarantie.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

II. Beratung der Denkschrift über die Verhältnisse der Geshäftswaldungen im Regierungsbezirk Arter.

Abg. Dr. Röderath bemerkt, daß die Denkschrift ihn nicht in allen Punkten befriedige; nicht auf die Antworten komme es an, sondern darauf, wie die Fragen gestellt werden. Viele Punkte, über welche eine Aufklärung hätte gegeben werden müssen, seien in Folge der unterlassenen Fragestellung unaufgeklärt geblieben.

Abg. Parisius macht darauf aufmerksam, daß auf dem Westerwald ähnliche Genossenschaften vorhanden seien, die gleichfalls eine gesetzliche Regelung wünschten.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

#### III. Fortsetzung der Etatsberatung.

##### a. Domainenverwaltung.

Einnahmen 29,850,700 M., dauernde Ausgaben 6,465,950 M.; einmalige und außerordentliche Ausgaben 33,500 M.

Referent Abg. Graf Matuschka empfiehlt Namens der Budgetkommission, den Etat unverändert zu genehmigen.

Bei Tit. 1 der Einnahme (Grundherliche Hebung und Hebung von veräußerten Domainen-Objekten 2,713,414 M. — 235,300 M. weniger als im Vorjahre) fragt Abg. Dr. Lutteroth an, wie weit die Angelegenheit wegen der f. 3. stehenden Gefälle der Provinz Schleswig-Holstein ge- diehen ist.

Regierungs-Kommissar Dreßler erwidert, daß er eine Auskunft darüber nicht geben könne. Die Angelegenheit unterstehe der Steuerverwaltung, der Borredner möge daher die Anfrage bei dem Etat der direkten Steuern wiederholen.

Abg. Schmidt (Stettin) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Einnahmen aus den Domainenvorwerken eine immer größere Steigerung erfahren. Redner bittet sodann die Regierung, der Ausrüstung eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Dreßler verweist zur näheren Information des Hauses über die allmähliche Steigerung der Einnahmen aus den Domainen darauf hin, daß diese Einnahmen im Jahre 1849 pro Hektar 13,16 M.; im Jahre 1859 17,60 M.; im Jahre 1869 28,18 M. betrugen und im Jahre 1879 bis auf 37,49 M. pro Hektar gestiegen sind. Was die holsteinischen Ausrüstungen anlangt, so erwidert der Kommissar, daß die Regierung in jedem Frühjahr eine Untersuchung derselben durch den Professor Möbius in Kiel vornehmen lasse und danach ihre Anordnungen treffe.

Abg. Frhr. v. d. Goltz: Wenn der Abg. Schmidt seine Zufriedenheit mit den vermehrten Einnahmen aus den Domainenvorwerken ausgesprochen und sich für die Zukunft noch erhöhte Einnahmen von denselben verspreche, so zeige dies von wenig Sachkunde. Wer die heutige Lage der Landwirtschaft kenne, werde anerkennen müssen, daß in allen landwirtschaftlichen Verhältnissen sich ein Rückgang bemerklich mache, der alle Landwirthe gleichmäßig treffe. Der Abg. Schmidt täusche sich, wenn er glaube, die Einnahmen würden sich noch weiter steigern.

Abg. Sombart wünscht eine ausgedehnte Parzellierung von Domainengrundstücken und Kolonisation derselben.

Abg. v. Meyer-Amswalde widerspricht, indem er nachzuweisen sucht, daß die Kolonisation große finanzielle Schwierigkeiten biete, die nur schwer zu beseitigen sind.

Die Einnahmen werden bewilligt, die Ausgaben ohne Debatte.

##### b. Etat der Forstverwaltung.

Einnahme 51,669,400 M. — 3,828,100 M. weniger wie im Vorjahre —; laufende Ausgaben 28,624,700 Mark; einmalige Ausgaben 3,750,000 Mark — mehr 1,900,000 M.

Auch hier beantragt die Budget-Kommission durch ihren Referenten Abg. Graf Matuschka die sämtlichen Etats-Positionen unverändert zu genehmigen.

Abg. Schmidt (Stettin) spricht bei diesem Etat den Wunsch aus, daß die Holzauktionen in den gelestenen Volksblättern publiziert werden mögen. Er beklagt sich über die neueste Rangordnung der Forstbeamten, sowie über die Ungleichheiten der Gehälter des Direktors der Forst-Akademie in Eberswalde und des Direktors der Mindener Forst-Akademie.

Abg. Seidel wünscht eine zweckmäßigere Kolonisation der Forstgrundstücke.

Auch dieser Etat wird unverändert bewilligt.

#### c. Centralverwaltung der Domainen und Forsten.

Dauernde Ausgaben 384,600 Mark, und d. Erlös aus Ablösungen von Domainengrundstücken und aus dem Verkauf von Forstgrundstücken. Einnahme 4,200,000 Mark.

Die beiden Etats werden ohne Debatte genehmigt.

#### e. Etat der Bauverwaltung.

Einnahme 1,134,092 Mark, dauernde Ausgaben 16,313,622 Mark, einmalige Ausgaben 14,082,593 Mark.

Die Budget-Kommission — Referent Abg. Stenzel — beantragt:

##### I. im Ordinarium:

a) Kap. 65, Tit. 2 (Unterstaatssekretär) 15,000 Mark zu streichen;

b) bei Kap. 65, Tit. 8, die Summe von 1500 Mark abzusehen und demnach diesen Titel zu Wohnungsgeld - Zuschüssen für die Beamten auf 60,120 Mark zu ermäßigen;

c) bei Kap. 65, Tit. 9, die Summe von 3050 Mark abzusehen und diesen Titel zur Remuneration von Hilfsarbeitern auf 99,000 Mark zu ermäßigen.

##### II. Im Extraordinarium:

Kap. 8a, Tit. 41, zum Neubau eines Di-kasterialgebäudes in Danzig 300,000 Mark zu streichen.

III. Die sämtlichen übrigen Titel und Positionen unverändert zu genehmigen.

Bei Kap. 13a, Tit. 3, der Einnahme beantragt Abg. Sombart:

Die Staatsregierung aufzufordern, eine höhere wissenschaftliche und technische Ausbildung der Feldmesser, sowie eine Organisation des gesamten öffentlichen Vermessungswesens herbeizuführen.

Abg. Sombart verbeißt sich bei Begründung seines Antrages über die mangelhafte Vorbildung der Feldmesser. Er bittet, das Feldmesserpersonal künftig mehr als bisher vorzubilden.

Ministerial-Direktor Weichaupt erwidert, daß die Regierung diese Frage schon lange in das Bereich ihrer Erörterung gezogen. Es stehe zu hoffen, daß man zu einem Resultate kommen werde, die auch Herrn Sombart befriedigen dürfte.

Abg. Berger (Witten) beklagt sich über die Vernachlässigung unserer Wasserstraßen, speziell der Ruhr, und bittet, diesem traurigen Zustande endlich ein Ende zu machen.

Minister Maybach verweist auf den vorliegenden Etat, der darlege, daß die Regierung keineswegs unsere vaterländischen Ströme vernachlässigt. Die Verhältnisse der Ruhrschifffahrt kenne er nicht genau, doch werde er aus der gegebenen Anregung Veranlassung nehmen, die Sache prüfen zu lassen und falls eine Korrektur dieses Flusses mit nicht zu großen finanziellen Opfern verknüpft ist, eine solche zu fördern suchen. Zum Beweise, wie sehr die Staatsregierung bemüht ist, unsere vaterländischen Wasserstraßen zu verbessern, habe ich, fährt der Minister fort, demselben die Mittheilung zu machen, daß dem Hause bereits der Entwurf eines Gesetzes zugegangen ist, welcher die Ausnahme einer Anleihe von 5,227,000 Mark bezweckt zur Verbesserung unserer märkischen Wasserstraßen um Berlin, speziell zur besseren Verbindung zwischen Havel und Oder.

Bei Kap. 65 Tit. 2 der laufenden Ausgaben erklärt Minister Maybach sodann sein Einverständnis mit der Streichung der 15,000 M. für den Unterstaatssekretär.

Bei Kap. 66 Tit. 15 (zu Stromregulirungen und Hafenbauten 2,431,922 M.) bringt Abg. Laue nstein die Verhandlung der Elmenau bei Lüneburg zur Sprache.

Reg.-Komm. Geh. Rath Schulz erwidert, daß die früher aufgestellten Projekte viel zu kostspielig gewesen, eine so umfassende Korrektur könnte auf Staatskosten nicht übernommen werden. Ein zweites Projekt habe nicht befriedigt und sei jetzt der Vorschlag gemacht worden, durch eine Kombination beider Projekte die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Das Haus könne aber überzeugt sein, daß der Handelsminister der Verbesserung der Elmenau sein lebhaftes Interesse zwendet.

Die laufenden Ausgaben werden nach den Vorschlägen der Budgetkommission bewilligt. Tit. 41 des Extraordinariums (zum Neubau

des Di-kasterialgebäudes in Danzig 300,000 M.), der von der Kommission gestrichen ist, giebt zu einer längeren Diskussion Veranlassung.

Abg. Ridert bittet dringend, heute noch nicht einen definitiven Beschluß in dieser Angelegenheit zu fassen.

Ministerialdirektor Weichaupt unterstützt den Vorschlag Riderts, ebenso Abg. v. Benda, während Abg. Röstel denselben bekämpft.

Nachdem sich auch Abg. Windthorst-Meyen für den Vorschlag Ridert ausgesprochen, wird derselbe mit großer Majorität genehmigt.

Im Uebrigen werden die sämtlichen Positionen des Extraordinariums bewilligt.

9. Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Einnahme 282,425 Mark; laufende Ausgaben 1,437,605 M.; einmalige Ausgaben 104,450 M.

Der Etat wird ohne Debatte genehmigt, womit die Tagesordnung erledigt ist.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Mehrere kleinere Gesetze und dritte Lesung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Ministerien des Handels, der Finanzen und der Landwirtschaft.

Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

\*\* Berlin, 19. Dezember. In einer unlängst ergangenen Verfügung des evangelischen Oberkirchenraths wird der Ansicht beigetreten, welche in dem Bericht eines Konfistoriums ausgesprochen wird, daß die Aufstellung der Eigenschaft eines Grundbesizers als eines neuen Erfordernisses für die Wählbarkeit in die kirchlichen Gemeindeorgane eine Abänderung der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung enthalte. Eine solche Aenderung kann auch nach der Auffassung des Oberkirchenraths nur durch die Gesetzgebung herbeigeführt werden.

Im Reichsjustizamt ist, wie bereits, jedoch nicht in ganz richtiger Mittheilung, bekannt geworden ist, ein Gesetzentwurf, die Sicherung der Realgläubiger von Eisenbahnen betreffend, ausgearbeitet worden, der in nächster Zeit einer kommissarischen Beratung innerhalb der betheiligten Stellen unterliegen soll. Es lehnt dieser Entwurf sich im Großen und Ganzen an das an derselben Stelle bearbeitete Gesetz über das Fauspfandrecht für Pfandbriefe an und beabsichtigt im Wesentlichen die Einführung eines Grundbuchs für Forderungen, welche Gläubiger von Eisenbahngesellschaften in Bezug auf das Grundeigenthum derselben haben und die bekanntlich unter der Bezeichnung „Prioritätsobligationen“ ein Handelsobjekt der Börsengeschäfte bilden. Die kürzlich verbreitete Angabe, daß dieser Entwurf einem österreichischen Gesetz nachgebildet worden, kann nicht richtig sein, da der deutsche Entwurf alle für den Realgläubiger entstehenden Weitläufigkeiten bei Seite läßt und nur den Kernpunkt ins Auge faßt, welche Sicherheit dem Realgläubiger an das Grundeigenthum der Eisenbahn-Gesellschaft verschafft werden soll.

Berlin, 19. Dezember. Damals und jetzt! Auf den Wiener Konferenzen in den Jahren 1819 bis 1820 äußerte Fürst Metternich mit Bezug auf eine Deputation des Deutschen Handelsvereins, an dessen Spitze Friedrich List stand, „der Name und die Aspiration dieses Vereins hätten keinen Sinn, da es ja keinen deutschen Handel gäbe, sondern nur einen preussischen, sächsischen u.“

Gestern, am 18. Dezember 1878, sagte der königlich preussische Handelsminister Herr Maybach in seiner vortrefflichen Rede, es gäbe bekanntlich keinen preussischen Handel u., sondern nur einen deutschen.

Welches Stück Geschichte liegt zwischen den beiden Uebersetzungen! Vor Allem Preußens großes Werk, der Zollverein!

Man schreibt der „Post“: Der „Germania“ kommt die Art, wie die vatikanischen Organe in Rom die Rede des Ministers fassl aufgenommen haben, sehr unlegen. Sie hilft sich mit der Unterstellung, daß man im Vatikan die ganze Rede noch nicht gekannt habe. Die bezüglichlichen Aeußerungen der vatikanischen Blätter lassen aber diese Unterstellung nicht zu; wohl aber scheinen sie über die Haltung des Centrums, namentlich über die Haltung des Abg. Windthorst nicht vollständig unterrichtet, sonst hätte diese Haltung nicht als eine „gemäßigte“ bezeichnet werden können. Wie dem auch sei, keinesfalls wird die erneute Verkündigung



der friedlichen Gesinnungen, welche vom päpstlichen Stuhle gebet werden, als Stützpunkt für Dientgen verworfen werden können, welche von Neuem die Parole ausgegeben haben: Kampf — nicht Friede!

Nach dem provisorisch aufgestellten Ergebnis der Abmachungen über die verschiedenen Arten der Besteuerung des Tabaks hat sich die Tabaks-Enquete-Kommission einstimmig für Einführung einer Steuer auf fermentierten Rohstoff — im Gegensatz zu der bisher in Anwendung kommenden Steuer auf unfermentierten — ausgesprochen.

Es erscheint aber jedenfalls vorzuziehen, dieses von der Kommission erzielte Ergebnis als das bestimmende Resultat in dieser Angelegenheit anzusetzen. Man wird sich zu erinnern haben, daß der Bericht der Tabaks-Enquete-Kommission an den Bundesrath gelangt, welchem ein Hauptantheil an der Entscheidung über die Frage der Besteuerung des Tabaks zusteht. Wir glauben, daß die Gesichtspunkte, welche der Bundesrath bei der Erörterung dieser Frage einnehmen haben wird, theilweis andere sein müssen, als diejenigen, von welchen die Kommission bei ihren Arbeiten geleitet wurde. Diese hat in erster Reihe zu prüfen, welche Besteuerung des Tabaks für die landwirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands am geeignetsten sei, und welche Erträge die verschiedenen Besteuerungsarten der Reichskasse zuführen würden.

Der Bundesrath muß dagegen die finanzielle Seite mehr in den Vordergrund treten lassen. Es werden die Arbeiten der Kommission demselben eine notwendige und schätzbare Unterlage für seine Beratungen gewähren; diese Arbeiten werden aber nicht bei den Beschlüssen des Bundesraths die allein maßgebenden bleiben können.

Bei den Beratungen der Sachverständigen-Kommission über die Dauer der medizinischen Studien hat, wie die „Magdeburger Zeitung“ schreibt, das Reichs-Gesundheitsamt statt der bisherigen acht neun Semester beantragt. Die Kommission nahm diesen Antrag mit 12 gegen 4 Stimmen an, jedoch mit dem Zusatz, daß für die Studirenden der militärärztlichen Bildungsanstalten in Berlin es für die Dauer ihrer gegenwärtigen Organisation bei dem Erfordernis von acht Semestern verbleiben solle.

Die „Provinzial-Korr.“ beschäftigt sich, wie wir schon gestern erwähnt haben, in einem Artikel, überschrieben „Revolution und Königsmord“ mit der Rede des Abg. Bismarck. Offiziell wird uns dazu geschrieben: „Daraus, daß das halbamtliche Organ sich mit dem Vorfall so eingehend beschäftigt, ist zu entnehmen, daß auch die Regierung sich nicht gleichgültig zu ihm verhält.“

Potsdam, 19. Dezember. Die Beerdigung des Geheimen Hofraths Schneider verlief unserer Stadt heute eine ungewöhnliche, seit langem ungekannte Physiognomie. Sehr früh schon wurde es in der neuen Königsstraße lebendig, bildeten sich Gruppen um das Trauerhaus, kamen Wagen und fuhren wieder ab, wurden Blumen, Kränze, Fächerpalmen in das stille Haus getragen. Die Trauerfeierlichkeit, die sich ganz nach den, vom Verstorbenen vor Jahren festgesetzten Bestimmungen richtete, nahm erst ihren Anfang, als der Berliner Schnellzug in Potsdam eintraf. Dieser Schnellzug brachte die offiziellen Deputationen, die Vertreter des Hofes, des Berliner Magistrats, des Vereins für die Geschichte Berlins und eine große Reihe von Freunden und Verehrern des Dahingegangenen. Im einfach und feinsinnig eingerichteten Arbeitszimmer des Verewigen sollte nach dessen eigenen Anordnungen — die Trauerzeremonie sich vollziehen. Hier war der blumenüberdeckte Sarg aufgebahrt, waren die nächsten Lebeträgenden und offiziellen Persönlichkeiten versammelt, hier hielt der Hofprediger Rogge — ein Freund des Toten — seine ergreifende Leichenrede. Ausgehend von dem Vers in der Offenbarung Johannis: „Sei getreu bis in den Tod, dann will ich dir die Krone des Lebens geben“ entrollte der Prediger in eindringlicher Rede ein getreues und schönes Bild von dem Leben und Wirken des Dahingegangenen und schloß mit einer schwinghaften Würdigung für den Todten, mit erhebenden Trostesworten für die Ueberlebenden. Das Gedränge im Arbeitszimmer, in den Vorzimmern, auf Fluren und Treppen war enorm und es waren lauter Erregungen, geheime Rätze und höhere Dfgerie, lauter Herren mit ordensbefähigter Brust, die sich da drängten. Kurz nach 12 Uhr Mittags trugen 8 Unteroffiziere des Garde-Fusaren-Regiments den Sarg hinaus, stellten ihn auf den harrenden prächtigen Leichenwagen. Langsam setzte sich nun der imposante Kondukt in Bewegung. Voran ging die Musik des Garde-Fusaren-Regiments, es folgten der Herr Geh. Rath von Vori, die Deputation des Berliner Magistrats, die Herren Stadträte Friedel und Wolff gemeinsam einen Lorbeerkranz tragend und die Vertreter des Vereins für die Geschichte Berlins. Hinter dem Leichenwagen folgte der königliche Hofwagen und eine unsehbare Reihe von Wagen und Leiträgenden. Vor dem neuen Friedrichshof barnte eine imposante Masse von Neugierigen des Leichenzuges. Hier wurde indeß nur der Segen gesprochen und unter den üblichen Formen der Sarg hinausgeschickt, das Grab zugebedt, das nun einen der populärsten und verehrtesten Mitbürger unserer Stadt beherbergt.

Nordhausen, 19. Dezember. Der Banquier Cohn, der Inhaber der falliten Firma M. Cohn, der in Untersuchungshaft genommen war, hat in der vorigen Nacht durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Der Fall erregt hier sehr trauriges Aufsehen. Es ist leicht möglich, daß durch diesen Vorfall die gestern beschlossene außergerichtliche Regelung der Verhältnisse dadurch unmöglich gemacht wird. Der Verstorbenen galt bis zu seinem Fall-

ment für eine der geschäftlich achtbarsten Persönlichkeiten Nordhausens. Die Verhängung der Untersuchungshaft erfolgte auf den Verdacht hin, daß Depots fehlen. Ob dies der Fall ist, scheint sich nicht völlig erwiesen.

#### Provinzielles.

Stettin, 20. Dezember. Am 31. März d.J., Abends zwischen 11 und 12 Uhr, hielt der Dachfenstlicher Bediente mit seinem Gefährt vor dem Viktoria-Theater auf der Pöhlstraße. Da erstlich für einige Minuten entfernen mußte, wollte erden früheren Dachfenstlicher, jetzigen Arbeiter J. H. Gollfr. Harder ersuchen, auf seinen Wagen laden zu geben. Er rief denselben deshalb an, erhielt aber von ihm sofort einen Faustschlag ins Gesicht, daß er zusammenbrach. Sodann zog Harder ein Messer aus der Tasche und versetzte dem Bente mehrere Stiche in den Kopf und Schulter, indem er dabei äußerte: „Ich werde Dir einen Denkmal setzen.“ Durch die erhaltenen Wunden war Bente während vier Wochen arbeitsunfähig. Harder war deshalb in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation wegen Mißhandlung angeklagt und wurde zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis, zusätzlich vier früher erhaltenen Freiheitsstrafen, verurtheilt.

Der Arbeiter Christ. Friedr. Jürgs mußte am 12. Dezember aus einem Schanklokal am Hlwerk gewiesen werden, da er mit den übrigen Gästen Instrument einem Alträger ohne jede Veranlassung gegen den Kopf und wird deshalb mit 1 Jahr Gefängnis bestraft. Die Strafe wurde so hoch bemessen, weil der Angeklagte erst im Oktober d. J. aus dem Gefängnis entlassen ist, wo er eine Strafe von 2 Jahr 8 Monaten wegen vorsätzlicher Körperverletzung verbüßt.

Die nächste Verhandlung gegen den Matrosen Adolph Friedrich Aug. Ziemer aus Herrenwiese, welcher am 20. November aus einem Zimmer in Grabow mittelst Einsteigens verschiedene Bettfedern gestohlen hat, endet mit der Verurtheilung des Ziemer zu 1 Jahr Gefängnis und Ehrverlust auf gleiche Dauer.

Der Arbeiter August Böllner, welcher sich seit langer Zeit obdachlos umhertreibt, kam am 10. d. M. auf seinen Streifzügen auch nach Altdamm, benutzte beim Betteln eine günstige Gelegenheit und entwendete ein Beinkleid. Deshalb wird gegen Böllner auf 2 Mon. Gefängnis erkannt.

Die Arbeiter J. C. Ullrich, J. Erenn, Joh. Friedr. Schults, Friedr. Aug. Alb. Metten und der Kahnfahrer Alb. Carl Ed. Vormeller wurden in vergangener Nacht auf einem vor dem Schönberg'schen Hofe liegenden Schiffe verhaftet. Dieselben hatten sich dort gewaltsam Eingang in die Kajüte verschafft und waren, nachdem sie sich an den selbst vorgefundenen Fleischvorräthen bene gethan, eben im Begriff, die vorhandenen Kleidungsstücke, Geschirre u. zusammenzubaden, als sie durch drei Wächter überrascht wurden.

Gestern Abend wurden an den Häusern Lindenstraße Nr. 2 und 4 wiederum die Hausthürdrücker gestohlen.

Dem Schankwirth Lange wurden in der Nacht vom 17. zum 18. aus seinem verschlossenen Schanklokal, Holmarktstraße 7—8, größere Mengen von Speck, Wurst, Butter, Cigarren u. im Gesamtwerthe von M. 32,95 gestohlen.

Die Dampfer „Albion“ von Hull und „Rembrandt“ von Amsterdam, welche vorgestern Mittag von Swinemünde nach hier abgingen, mußten starken Eis wegen beim Verder umkehren und werden in Swinemünde ihre Ladung lösen.

Wie man der „Stgd. Ztg.“ mittheilt, wird das Projekt einer Sekundarbahn von Colberg nach Altdamm das Abgeordnetenhaus in dieser Session nicht beschäftigen, da die Vorlage noch nicht soweit gediehen ist.

Wolgast, 18. Dezember. Von den seit ungefähr August d. J. auf der Insel Rügen unter Leitung des Bau Aufsehers Wittenburg beschäftigt gewesenen 20—22 Arbeitern zur Befestigung der Nordost-Küste dieser Insel sind gegenwärtig nur noch 8 Mann beschäftigt. Letztere haben zur Zeit und zum Schluß der diesjährigen Arbeiten bei der Verbesserung einer im vorigen Jahre hergerichteten, im vergangenen Winter und Frühjahr jedoch durch den hohen Seegang beschädigten Buhne zu thun. Die vorgeschriebenen Arbeiten haben sich jetzt gut bewährt; es ist sogar nöthig gewesen, einzelne Bahnen des Vorjahres um 12—14 Fuß in diesem Jahre weiter ins Meer hinein zu verlängern, da das Insel-land an den bezüglich Stellen um 6—12 Fuß Breite sich vergrößert hatte.

#### Bermischtes.

(Ein ungelöstes Geheimniß.) Die „Offenbacher Frau“, deren räthselhafter Fall vor 20 Jahren großes Aufsehen erregte, ist jüngsthin gestorben. Sie war ungarischer Geburt, doch deß diese vollständiges Dunkel. In einem großen Walde bei Frankfurt hielt am 9. November 1853 eine herrschaftliche Equipage und eine ältliche Frau hob ein junges, schönes Mädchen heraus, übergab ihm in einem Tuche einige Pfund Brod und kalten Braten, führte es tiefer in den Forst hinein, wo sie in ungarischer Sprache sagte: „Ich muß zurück zu dem Wagen, warte auf mich, ich führe dich zur Mama.“ Sie kehrte aber nicht mehr zurück. Das Mädchen irrte drei Tage und drei Nächte umher, weinend und fristernd und nach der „Mama“ und „Bertha“ rufend. Am Morgen des vierten Tages wurde sie von einem Bauernmädchen gefunden. Sie schloß gerade unter einem Baum. Das Mädchen weckte sie auf und führte sie in eines der äußersten Häuser eines nahegelegenen Dorfes, wo man sie über Nacht behielt, ihr aber am nächsten Morgen

die schönen Kleider, die Ohrringe, das goldene Medaillon abnahm, sie in Lumpen klebete und sodann durch den Wald hindurch auf die Landstraße hinausführte und dort ließ. Sie ging auf der Straße fort, zwei Tage lang, indem sie Jeden, den sie traf, fragte: „Wo ist die Mama?“ Endlich erreichte sie das Dorf Weinitzen. Ihre ungarischen Worte verstand Niemand und man führte sie daher zum Richter, der sie in's Verhör nahm, doch ohne Erfolg, denn sie konnte bloß Ungarisch. Man glaubte, sie stelle sich dumm, um zu täuschen und sperrte sie ein, monatelang. In Folge der Ruhe gewann sie ihre frühere Schönheit wieder und eine gewisse Liebllichkeit, die ihr innewohnte, gab Zeugnis davon, daß sie unschuldig und unglücklich sei. Man entließ sie der Haft, sie blieb jedoch bei dem Gefängnißaufseher und lernte deutsch schreiben und lesen. In Offenbach bei Frankfurt, wo dieses Ereigniß Aufsehen erregte, beschloß die Stadtbehörde, das gänzlich unwissende, 17jährige Mädchen erlösen zu lassen. Der treffliche Lehrer Friedrich Ed begann sie am 28. November 1854 zu unterrichten und es erwies sich alsbald, daß sie ein sehr talentirtes Kind sei. Nach der Pfarrer Breitenstein hatte großen Einfluß auf sie. Nach und nach fing man an, sie über ihre Vergangenheit auszufragen. Sie sagte, daß man sie sammt ihrem Bruder seit ihrem fünften Jahre in einem Keller hielt, wo Gänse geschöppt wurden und wo sich auch ein Hund befand. Hinauszug hin war ihr nicht gestattet worden; man lehrte sie nichts; ihre Muttersprache war ungarisch, doch auch diese lernte sie nur bis zu ihrem fünften Jahre. An zwei Namen erinnerte sie sich: „Temeser“ und „Bertha.“ Von dem Ersteren glaubte man, es sei damit Temeswar gemeint. Bertha aber war die Frau, welche sie aus dem Keller hinausführte auf eine rechte Reife und sie dann im Walde zurückließ. Friedrich Ed veröffentlichte im Jahre 1855 über dieses Opfer eines geheimen Verbrechens eine Broschüre. Sie erregte großes Aufsehen. Wiener Blätter forderten, man solle in der Umgebung von Temeswar eine Untersuchung vornehmen, doch geschah dies nicht. Der k. k. Professor Hermann Weber suchte sie im Jahre 1855 in Offenbach auf, sprach ungarisch zu ihr und schrieb über sie auch im „P. Naplo.“ Sigmund Remeny interessirte sich sehr für diesen räthselhaften Fall, doch gelang es ihm nicht, den Schleier des Geheimnisses zu lüften. Das Mädchen heirathete im Jahre 1858 in Offenbach, sie führte eine glückliche Ehe und bekam zwei Kinder. Eine gewisse Melancholie aber verließ die Arme ihr Leben lang nicht. Vor einigen Tagen ist sie — ein würdlicher Kaspar Hauser — gestorben und damit dürfte wohl das Räthsel für immer ungelöst bleiben.

#### Literarisches.

Die „Deutsche Rundschau“ von Jul. Amdenberg, Verlag von Gebr. Paetel, beginnt mit dem vorliegenden Heft für Oktober ihren fünften Jahrgang. Unbeträchtlich durch die hochgehenden Wogen der Zeit, hat sie ruhig und besonnen ihren Weg fortgesetzt und auch im abgelaufenen Jahre sich des steigenden Beifalls der Nation zu erfreuen gehabt. Fest eingebürgert in unseren besten Kreisen daheim, und im Auslande geschätzt als ein treuer Ausdruck der geistigen Bewegung in Deutschland, ist es das unablässige Bestreben der „Deutschen Rundschau“, sich in dieser ihrer hohen Stellung zu behaupten und durch Zeitgemäßheit, Gediegenheit und Mannigfaltigkeit ihrer Beiträge sich innerhalb der ihr gesteckten Grenzen der Vollkommenheit immer mehr zu nähern.

Deutschlands erste Novellisten und seine gefeiertesten Dichter und Forscher werden, wie bisher, so auch fernern zusammenwirken, um der „Deutschen Rundschau“ den Rang eines repräsentativen Organs zu wahren, welches Unterhaltung in künstlerischer Form vereint mit einer maßvoll und freisinnigen Behandlung der die Gegenwart vorwiegend beschäftigenden Fragen der Wissenschaft und Politik, und einer unabhängigen Beurtheilung der wichtigeren Erscheinungen auf den Gebieten der Literatur, des Theaters, der Kunst und der bildenden Künste.

Zur Veröffentlichung im beginnenden Jahrgang liegt eine Reihe von ausgezeichneten Beiträgen vor, aus welchen wir, um ihres besonderen Interesses willen, nur die folgenden hervorheben: einen Aufsatz von Eduard Laefer „über Halbbildung“, welcher in großen Zügen das Bild unserer Zeit entrollt, die Gründe unseres Mißbehagens pflückt und aus der Betrachtung der Vergangenheit einen beruhigenden Ausblick in die Zukunft gewinnt; ferner eine diplomatische Geschichte des Orientkrieges (1853 bis 1856) mit bis jetzt unbekannt gebliebenen Aktenstücken und zahlreichen Briefen von Friedrich Wilhelm IV., der Königin Viktoria und Napoleon III., welche hier zum erstenmal veröffentlicht werden. Endlich die neue Novelle von Wilhelm von Hilgert, geb. Borch: „Und sie kommt doch!“ Erzählung aus einem Alpenkloster.

Franz von Löher, Cypern. Reiseberichte über Natur und Landschaft, Volk und Geschichte. Stuttgart, Cotta. Bei der hohen Wichtigkeit, welche Cypern jetzt im Besitze der Engländer für die Völker gewinnen wird, dürfte das Buch manchem Leser höchst willkommen sein. Es führt uns ganz in die dortige Landschaft und Sitten ein.

Paul Moser's Notiz-Kalender auf das Jahr 1879 als Schreibunterlage in Ganzleinwandmappe mit grünem Tuschpapier überzogen. Format geschlossen 24/34 Cm., in Schmal-Folio-Format in Ganzleinwand gebunden mit Goldtitel, Format geschlossen 11/34 Cm.

Dieser Kalender enthält auf 130 Seiten liniertem Schreibpapier, welches mit Löschpapier durchschossen ist, Raum für die täglichen Notizen und ferner im 38. Seiten starken Anhang auf gelbem

Papier: Kalendernachrichten, sehr ausführliche und Telegraphenbestimmungen, Verzeichniß der namigen Postorte, Münz-, Maß- und Gewichtstabellen, Zinsstafeln, Wechsel- und Dokumentenpel-Tarife, Reichsbankbestimmungen u. s. w. Schluß ein Verzeichniß von 800 der bedeutendsten Städte des deutschen Reichs und des Auslandes mit Einwohnerzahl und sonstigen wissenschaftlichen Notizen, den Adressen von ca. 6000 Rechtsanwälten und Advokaten, Konsulaten, Bank-, Expedition- und Kommissionsfirmen, nebst einer hierzu benötigten Karte von Mittel-Europa. Das Ganze kostet 2 Mark und ist durch alle Buchhandlungen beziehen.

#### Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 19. Dez. mber. Auf hiesigen Friedhöfen fand heute unter sehr zahlreicher Theilnahme die Beerdigung Dr. Karl Gutzkow statt. Der Sarg war von Lorbeerkränzen und Palmenzweigen vollständig bedeckt, die Grabstätte der Pfarrer Ehlers. Am Grabe sprach außerdem noch Wilhelm Jordan Namens der Genossenschaft dramatischer Autoren in Leipzig, Neubürger im Namen der Schillerstiftung, Hörtz Namens der Frankfurter und Wiener Schiller-Vereine, Zademad Namens der dramatischen Künstler und Piragyl (Offenbach). Ein Gesang Theaterchors eröffnete und schloß die Feier.

Darmstadt, 19. Dezember. Die zweite Kammer beschloß, eine Kondolenzadresse an den Großherzog anlässlich des Ablebens der Großherzogin zu richten.

Die Gesetzentwürfe über die Verlegung des Etatsjahres auf den 1. April, über die Vereinfachung der Staatskassen-Tilgungs- und über die Vereinfachung der Budgetberatung den Ausschüssen wurden genehmigt.

München, 19. Dezember. Der bayerische Landtag ist zum 7. Januar künftigen Jahres einzurufen worden.

Wien, 19. Dezember. Der Dirigent der Troppauer Filiale der Kreditanstalt, Eugen Schindler, der gestern früh hier angekommen war, ist in einem hiesigen Hotel selbst das Leben genommen.

Paris, 19. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) Der Handelsminister legte einen Gesetzentwurf vor, durch welchen die Regierung ermächtigt werden sollte bis zum Ende des Monats Januar die Verträgebeziehungen mit Italien auf dem Verordnungswege zu regeln und beantragte die Dringlichkeit für diesen Gesetzentwurf. Letzterer Antrag wurde angenommen. Sodann folgte die Beratung über die Verlängerung des Wehrgesetzes.

Wien, 19. Dezember. Die „Pol. Corr.“ veröffentlicht folgende Meldung aus Konstantinopel von gestern:

Die Abtretung von Alexandrette an England ist dem Vernehmen nach von England offiziell nicht angezogen worden; den diesbezüglichen Beschlüssen der Thatsache zu Grunde, daß England eine Eisenbahnverbindung zwischen Bagdad und Alexandrette für wünschenswerth erachtet.

Pest, 19. Dezember. Das Unterhaus hat die Regierungsvorlage wegen Begebung von 40 Millionen Rente zum Zweck der Einlösung von Schatzbons nachdem der Ministerpräsident lebhaft für dieselbe eingetreten, mit 175 gegen 125 Stimmen angenommen. Die Vorlage, betr. die Refrutenaushhebung von 1879, wurde gleichfalls mit überwiegender Majorität genehmigt.

Bern, 19. Dezember. In Beantwortung des von Vogt und Genossen betriebs des Journal „L'Avant garde“ eingebrachten Interpellation erklärte in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung der Bundesrath Anderweit, der Bundesrath habe konstitutionell richtig gehandelt und sei befugt gewesen die Wiederholung eines den völkerrechtlichen Bestimmungen zuwiderlaufenden Vergebens zu verhindern. Die Schuldigen würden vor die zuständigen Richter gewiesen werden, der Prozeß werde regelrecht vor Gericht gelangen, eine Befugnis als Verleumdung und Verleumdung habe der Bundesrath überschritten. Der Bundesrath sei von freien Stücken eingeschritten, weil er der Ansicht sei, daß das Vorgehen zu feindseligen Machinationen nicht mißbraucht werden dürfe.

London, 19. Dezember. Bei dem bereits gemeldeten Empfang der kalifornischen Deputation erklärte Carl Beaconsfield nach einer ausführlicheren Mittheilung, er betrachte den Berliner Vertrag als eine Lösung, die die Pacification Europas sichern werde, der Vertrag sei auch kein Fiktion und gehe nicht darauf aus, irgend eine der Mächte zu erniedrigen. Er müsse auch seine Ueberzeugung konstatiren, daß der Zweck des Vertrages, die Pacification Europas, ganz und vollständig werde erreicht werden. Es habe vordem eine Art von Berührung bestanden, die sich habe angelegen sein lassen, aller Welt den Glauben beizubringen, daß der Berliner Vertrag nicht ausgeführt werden würde und zweifelsohne hätten manche Personen ein Interesse daran, daß der Vertrag nicht zur Ausführung gelange, aber das sei nicht die Ansicht der Signatarmächte. Jeder neue Tag füge den auf die künftige Ausführung des Vertrags Bezug habenden Dingen etwas Neues hinzu und er habe nicht den geringsten Zweifel, daß alle Welt, sobald der festgesetzte Zeitpunkt gekommen erkennen werde, daß die Ausführung des Vertrages eine vollständige sei. Cypern sei von England okkupirt worden, weil es ein für die militärische und maritime Macht der englischen Nation geeigneter Boden sei und damit von da aus der Sultan in seinen aufrichtigen Bestrebungen für eine Regenerierung seines Reichs durch England unterstützt werden könne. Der Hafen von Famagusta werde die ganze englische Mittelmeerflotte in sich aufnehmen können.